

DEUTSCHE WELLE
ZR Politik/Wirtschaft

Köln, den 16.2.1994

Manuskript: Doris Götting
Redaktion: Dieter Teichmann

Belegexemplar

DAS POLITISCHE BUCH

Kt.: Pol. Buch

Klaus J. Bade (Hg.)

"Das Manifest der 60 -
Deutschland und die Ein-
wanderung".
Verlag C.H. Beck, München,
1994, 231 S.
(Beck'sche Reihe 1039)

Cornelia Schmalz-Jacobsen,
Holger Hinte, Georgios Tsapanos

"Einwanderung - und dann ?"
Perspektiven einer neuen Aus-
länderpolitik.
Droemer/Knaur Vlg., München,
1993, 333 S.
(Knaur TB 80027)

Charles Taylor

"Multikulturalismus und die
Politik der Anerkennung".
S. Fischer Verlag, Frankfurt,
1993, 198 S.

Bayerns CSU hat unlängst angekündigt, sie wolle das Problem der "Überfremdung" in Deutschland zum Wahlkampfthema für die Bundestagswahlen 1994 machen. Bei den Bonner Koalitionspartnern CDU und FDP gab es zwar schockierte Reaktionen - von der Opposition ganz zu schweigen -, doch auch aus dem Regierungslager ist immer wieder zu hören, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Konsequenterweise ist bisher jeder Versuch abgeschmettert worden, den Zuzug von Ausländern nach Deutschland durch ein Einwanderungsgesetz zu regulieren. In einem Wahljahr wie diesem scheut man zudem jede weitere emotionale Aufheizung der politischen Auseinandersetzung in dieser Frage, auch wenn die Fakten die Beschwörungsformel "Deutschland ist kein Einwanderungsland" Lügen strafen

Deutschland ist Einwanderungsland, und das nicht erst, seit immer mehr Menschen aus Osteuropa und Ländern der Dritten Welt aus politischen und wirtschaftlichen Gründen in Deutschland Zuflucht suchen. Einwanderung gab es schon im 17. und dann vor allem seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ohne diese - ausdrücklich gewünschte - Einwanderung wäre der wirtschaftliche Aufschwung Preußens und später des Deutschen Kaiserreichs undenkbar gewesen. Ohne die Arbeitsleistung der - eigens eingeladenen - "Gastarbeiter" in den sechziger Jahren wäre wohl auch das "Wirtschaftswunder" der Bundesrepublik weniger spektakulär ausgefallen.

Die Leugnung all dieser Tatsachen entlarvt "Das Manifest der 60", das neueste Buch zum Thema Einwanderung, als "Lebenslüge", ja sogar als "Absage an die menschheitliche Wertesubstanz des liberalen Verfassungsstaates". Dieses gewiss harte Urteil stammt von einer Gruppe von Wissenschaftlern um den Osnabrücker Migrationsforscher Klaus J. Bade. Pädagogen und Politologen, Juristen und Soziologen, Wirtschafts- und Bevölkerungswissenschaftler beleuchten im "Manifest der 60", das als preiswertes Paperback im renommierten Münchner Beck-Verlag erschienen ist, die positive Bedeutung der Einwanderung für Deutschland sowohl in seiner Geschichte als auch für die Zukunft. Sie schließen mit konkreten Empfehlungen für eine neue Einwanderungspolitik, die angesichts der zu erwartenden demographischen Probleme nach der Jahrtausendwende nicht früh genug in Angriff genommen werden kann.

Auf das selbst von Befürwortern einer gesetzlich gesteuerten Einwanderung ins Feld geführte Argument, in einer Zeit wachsender Ausländerfeindlichkeit in Deutschland sei dieses brisante Thema der Öffentlichkeit nicht zuzumuten, entgegnet der

Politologe Claus Leggewie, dass gerade die Tabuierung der Einwanderung, das Fehlen einer rationalen Debatte und einer von der Asyl- und Flüchtlingsproblematik getrennt behandelten Einwanderungspolitik für die gewaltsamen Ausschreitungen gegen Ausländer ursächlich mitverantwortlich sei. Kritiker des Manifests haben den Autoren vorgeworfen, sie redeten einem "brain drain" aus den Herkunftsländern, vor allem aus der Dritten Welt geradezu das Wort. Dagegen läßt sich jedoch einwenden, dass es naiv wäre zu glauben, es würde auch nur ein einziger indischer, persischer oder kenianischer Arzt oder Ingenieur sich zum Verbleib in einem Heimatland entschließen, das ihm keinen Arbeitsplatz anzubieten vermag, wenn ihm die deutschen Pforten weiterhin verschlossen blieben.

Mit den Ausländern, die bereits in Deutschland leben, zum Teil sogar hier geboren sind, befaßt sich die Bundesbeauftragte für die Belange der Ausländer, die FDP-Politikerin Cornelia Schmalz-Jacobsen gemeinsam mit zwei Co-Autoren. Auch sie zeigen in dem Taschenbuch "Einwanderung - und dann?" Perspektiven einer neuen Ausländerpolitik auf, die den künftigen demographischen und wirtschaftlichen Erfordernissen Deutschlands entspricht und die gleichzeitig die Menschen, die nach Deutschland kommen, sinnvoll in diese Gesellschaft integriert. Das Werk ist ein brauchbares Handbuch für jeden, der sich in die Gesamt-Problematik der deutschen Ausländerpolitik einarbeiten will.

Will man den Blick über die nur auf Deutschland oder Europa begrenzte Perspektive hinaus auf eine Region werfen, die hierzulande als sogenanntes "klassisches" Einwanderungsland gilt, dann ist die unlängst auch in einer deutschen Übersetzung erschienene Veröffentlichung des bedeutenden kanadischen Sozialphilosophen Charles Taylor mit dem Titel "Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung" zu empfehlen. Es handelt sich um eine Vorlesung samt Diskussion, die 1992 an der Princeton-Universität stattfand. Am Beispiel Kanadas, wo der französischsprachige Teil der Bevölkerung nach einem eigenständigen Staat strebt, zeigt Taylor auf, wie schwierig es selbst für ein liberal und demokratisch verfaßtes Staatswesen ist, Minderheiten gleichberechtigt zu behandeln und ihre ethnischen wie kulturellen Eigenheiten als gleichwertig anzuerkennen. Hingegen sei aus der Verachtung durch andere der Nationalismus erst entstanden. Gegen das Wiedererstarken des Nationalismus in dieser Zeit empfiehlt Taylor folglich das Studium des Anderen. Vergleichende Kulturstudien sollen die Bereitschaft nähren, offen zu bleiben, den eigenen Horizont zu erweitern und damit der Gefahr einer Politik der Abgrenzung zu entgehen.

Interessant ist dieses Buch nicht nur wegen des glänzenden Vortrags von Taylor. Die Diskussionsbeiträge setzen sich zum Teil sehr kritisch mit den Thesen des Autors auseinander. Für deutsche Leser ist ein Essay des Frankfurter Philosophen Jürgen Habermas angefügt. Er sieht in Taylors Thesen eine Ermutigung, aus philosophischer Sicht eine Antwort auf die Frage zu suchen, ob die Politik der Abschottung gegen Immigranten gerechtfertigt ist. Aus der Tatsache, dass Europa in der Vergangenheit Nutznießer der Wanderungsströme war, leitet Habermas die ethisch-moralische Verpflichtung zu einer liberalen Einwanderungspolitik ab. Angesichts der Evidenz von Einwanderung in Deutschland fordert er die Notwendigkeit eines schmerzhaften Wandels des nationalen Selbstverständnisses ein.

(76 Zeilen)